

Warnstreik am Dienstag, 7. November 2023

„Wir haben es verdient für unsere Arbeit angemessen entlohnt zu werden!“

Auch in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder legten die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Arbeitgeber kein Angebot vor. Stattdessen wiesen sie die Forderungen der Gewerkschaften entschieden zurück. Zwar könnten sie sich eine Struktur vergleichbar des Abschlusses im TVÖD vom April 2023 vorstellen. Im Volumen sei das aber nicht finanzierbar, erklärte TdL-Verhandlungsführer, Hamburgs Finanzsenator Dressel, vor der Presse. Zudem stellte die TdL die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen in Frage.

Die GEW ruft daher ihre Mitglieder im Geltungsbereich des TV-L an staatlichen Hamburger Schulen, ReBBZn und den weiteren Einrichtungen in der BSB sowie in der Jugendhilfe am Dienstag, den 7. November 2023, zu einem ersten Warnstreik auf.

Der Ablauf ist wie folgt geplant:

9:00 Treffen und Kundgebung vor dem DGB Gewerkschaftshaus mit anschließender Demonstration

Kolleg*innen können die mobile Streikerfassung ab ca. 9 Uhr vor dem DGB-Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, nutzen. Achtet auf GEW-Fahnen!

„10,5 Prozent sind nötig, weil die Lebenshaltungskosten stark angestiegen sind. 10,5 Prozent sind sinnvoll, weil die Lohnpolitik der Krise nicht hinterher sparen darf und der öffentliche Dienst ein Vorbild sein muss! Gerade der dramatische Lehr- und Fachkräftemangel an den Schulen bringt viele Pädagog*innen ans Limit. Da muss dann zumindest das Gehalt stimmen – auch und gerade um viel mehr junge Menschen zu gewinnen!“, so **Bodo Haß**, Physiotherapeut an einer Sonderschule für körperlich-motorische Entwicklung (KME) und stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

Die GEW wird gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in den nächsten Wochen verstärkt zu Warnstreiks aufrufen. Die dritte und voraussichtlich letzte Runde ist für den 7. Und 8. Dezember 2023 geplant.

Hintergrund

In der Tarifrunde für den im öffentlichen Dienst der Länder fordern die Gewerkschaften kräftige

2

Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten. Dabei geht es um die allgemeine Lohnerhöhung für rund 2,5 Millionen Beschäftigte bei den Bundesländern.

Das fordern die Gewerkschaften:

- 10,5 Prozent mehr Gehalt – mindestens 500 €
- 200 € monatlich mehr für alle in Ausbildung
- Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud)

Rückfragen:

Bodo Haß, Physiotherapeut an einer Sonderschule für körperlich-motorische Entwicklung (KME) und stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg, 0170 – 7076933

Birgit Rettmer, Tarifexpertin der GEW Hamburg, 0151 - 16128471